

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 422 05. November 2008

15. Jahrgang

"Gott hat Adam und Eva geschaffen, nicht Adam und Esteban" Sexuelle Vielfalt in Guatemala

Guatemala und Menschenrechte - ein Wortpaar, das als erstes die Assoziation von Kriegsverbrechen, von Verletzung der Rechte der indigenen Bevölkerung, der Frauen, der Kinder, hervorruft. Es gibt in Guatemala aber auch eine kleine Gruppe von Menschen, die sich für die (Menschen-)Rechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transsexuellen einsetzt. OASIS, in den 90er Jahren als eine Selbsthilfegruppe rund um die Thematik HIV/AIDS und deren medizinischen Aspekte gegründet, hat sich im Laufe der Jahre immer stärker zu einer politischen Lobby- und Menschenrechtsorganisation gewandelt. Ihre Stellung innerhalb der guatemaltekischen Menschenrechtsbewegung ist aber nach wie vor marginal und von Skepsis geprägt. Seitens der Regierung, der Bevölkerung und der Kirche schlägt der Organisation und ihren Mitgliedern offene Diskriminierung bis Homophobie entgegen.

Jorge López (Direktor) und Zulma Robles (freiwillige Mitarbeiterin) von OASIS besuchten anlässlich einer Europareise auch Zürich, wo sie an einer Veranstaltung im Rahmen des 25jährigen Jubiläums von *Peace Brigades International Schweiz* sprachen. Wir fassen das Wesentliche der Veranstaltung zusammen.

In der von Krieg und Gewalt geprägten patriarchalen, machistischen und homophoben Gesellschaft Guatemalas war und ist das Thema der sexuellen Vielfalt ein Tabu. Ein Tabu jedoch, das von Staat, Kirche und Bevölkerung mit derselben Doppelmoral behandelt und gelebt wird wie überall auf der Welt. Derweil hierzulande Schwule und Lesben rechtlich teilweise den heterosexuellen Paaren gleichgestellt sind und ihre gesellschaftliche Anerkennung wächst, leben in Guatemala nach wie vor viele Homosexuelle ein Doppelleben bzw. "im Klosett". Schwule, Lesben, Bisexuelle oder Transgender/Transsexuelle (LGBT) sind in Guatemala Freiwild, und die Aufklärung von Angriffen auf ihre psychische oder physische Integrität versanden meistens in der Straflosigkeit. Diese Tabuisierung und Diskriminierung hat zur Folge, dass es fast keine Daten und Statistiken über die Situation dieser Minderheit gibt.

Umso wertvoller ist eine Studie, die OASIS kürzlich veröffentlicht hat und die (frei übersetzt) den Titel: "Guatemalas homophobes Gesicht, Menschenrechtsverletzungen und Hassverbrechen aufgrund sexueller Identität" trägt - wobei Jorge López betont, dass er den Begriff Homophobie gerne auf "Homolesbobitransphobie" ausgeweitet haben möchte. Die Organisation hat im Zeitraum von 10 Jahren (1996 - 2005)

64 Fälle solcher Verbrechen untersucht und folgende Statistiken erstellt: 55% der Angriffe enden tödlich, wobei 9% der Ermordeten klare Zeichen von vorgängiger Folter oder Zerstümmelungen aufweisen. 61% der Personen, die wegen ihrer sexuellen Identität Aggressionen jeglicher Art ausgesetzt sind, sind Transsexuelle, was sicher damit zu tun hat, dass sie am sichtbarsten sind, da viele von ihnen in der Prostitution arbeiten. 34% der Angriffe richten sich gegen Schwule und 2% gegen Lesben. López betont, dass Schwule und Lesben oft ein Doppelleben führen oder sich öffentlich nicht outen und deshalb eher vor Übergriffen geschützt sind. Dass in der Statistik die Zahl der Angriffe auf Schwule so viel höher ist als auf Lesben, führt er darauf zurück, dass Frauen gesellschaftlich allgemein stärker unterdrückt sind und sexuelle An- oder Übergriffe aus Scham oder Angst sowieso nicht anzeigen (siehe Hintergrundartikel ¡Fijáte! 420).

Auf der Täterseite werden 29% der Übergriffe von "Unbekannten" ausgeführt, in 17% sind RegierungsvertreterInnen involviert (PolizistInnen, ÄrztInnen, RichterInnen), 6% werden von privaten Sicherheitskräften ausgeführt und 2% der Kirche zugeschrieben.

Jorge López nennt als Beispiel für letzteres den Fall

Ankündigung in eigener Sache

Ab dem neuen Jahr werden wir aus Kapazitätsgründen die Versendung des ¡Fijáte! per Post einstellen. Wir hoffen auf Euer Verständnis und würden uns freuen, wenn sich alle BriefempfängerInnen bei uns meldeten, um künftig 14täglich ihre Post von uns einfach via E-Mail zu erhalten - und weniger als ihren bisherigen Abo-Preis zu bezahlen!

Vielen Dank! - Die Redaktion

einer Wohngemeinschaft, in der ein schwules und ein lesbisches Paar lebten und die eines Sonntagmorgens von Mitgliedern einer evangelistischen Gruppierung regelrecht gestürmt wurde, um an ihnen ein Exempel von Exorzismus statuieren zu wollen. Als Beispiel für die Einstellung der katholischen Kirche zitiert López den ehemaligen Präsidenten der guatemaltekischen Bischofskonferenz, Rodolfo Quezada Toruño, der davon spricht, dass man Homosexualität respektieren solle, jedoch nicht über das Thema der eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaft diskutieren will - schliesslich sei der Zweck einer Ehe die Fortpflanzung.

Als Beispiel für den Umgang mit dem Thema sexuelle Vielfalt seitens der Regierung nennt er den im Jahr 2000 unter der Stadtregierung des damaligen Bürgermeisters und späteren Präsidenten Oscar Berger durchgeführten "Plan Metropolis", dessen Ziel es war, die Prostitution aus dem Stadtbild zu entfernen. Mittel und Zweck dazu war und ist die Repression, OASIS stellt ab 2000 eine markante Zunahme von Übergriffen fest. Und der Satz, der diesem Artikel den Titel gibt "Gott hat Adam und Eva geschaffen, nicht Adam und Esteban", stammt von niemand geringerem als dem aktuellen Präsidenten, Álvaro Colom.

Mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen Ende 1996 haben sich für soziale Organisationen neue politische Aktionsfelder und Spielräume geöffnet, was auch von den Gruppierungen genutzt wurde, die sich für die Anerkennung der sexuellen Vielfalt einsetzen. In dieser Phase politischer Öffnung traten auch erstmals Homosexuelle mit ihren Forderungen nach Anerkennung ihrer Rechte an die Öffentlichkeit.

Vor allem im Fall der Schwulen ging es nebst dem Outing auch um die medizinische Betreuung von Menschen mit HIV/AIDS. Gemäss Jorge López von OASIS gibt es in Guatemala rund 61'000 Personen, die wissentlich HIV-positiv sind, 12'000 davon benötigen dringend eine antiretrovirale Therapie, 6000 davon haben Zugang dazu. Rund die Hälfte dieser Therapien wird durch Projekte der internationalen Kooperation ermöglicht, der Rest läuft über das guatemaltekische Krankenversicherungswesen oder über das Gesundheitsministerium.

López kritisiert die Regierungspolitik in Sachen HIV-Prävention und Behandlung von AIDS. Angesichts der Tatsache, dass rund 20% der Schwulen

und 4,5% der SexarbeiterInnen HIV-positiv sind, im Vergleich zu 0,3% der Gesamtbevölkerung, würde doch der grösste Teil der Unterstützung auf den letztgenannten Sektor konzentriert. Er sei absolut damit einverstanden, dass HIV-positive schwangere Frauen und ihre zukünftigen Kinder versorgt würden, aber die Augen gänzlich vor dem Thema HIV und Homosexualität zu verschliessen, sähe er als eine Zeitbombe, erklärt López. Auch wenn eine sogenannte Feminisierung der Krankheit zu beobachten sei, müsse unbedingt und vor allem auch unter der indigenen Bevölkerung sowohl über Homosexualität wie auch über HIV aufgeklärt werden.

Als Ladino aus dem mehrheitlich indigenen Quetzaltenango stammend weiss López, wovon er spricht. Er selber sei von seiner Familie gezwungen worden, um den Schein zu wahren, ein paar Jahre mit einer Frau zusammenzuleben, die von seiner Homosexualität wusste. Das definitive Outing habe bedeutet, dass er von Xela weg und in die Hauptstadt gezogen sei. Ähnliches erzählt er von den beiden jungen indigenen Mitarbeitern bei OASIS. Das Thema Sexualität sei unter der indigenen Bevölkerung generell ein Tabu, von sexueller Vielfalt zu sprechen entsprechend schwierig und heikel. Nichtsdestotrotz existiere sie ebenso wie die Promiskuität - auch unter der indigenen Bevölkerung.

Die Arbeit von OASIS ist vielseitig und sehr eindrücklich. Da alle Mitarbeitenden sich zur LGBT-Gemeinde zählen, sind sie auch "Betroffene" und identifizieren sich entsprechend mit ihrer Arbeit. Zulma erklärte, wie schwierig es anfänglich gewesen sei, die SexarbeiterInnen zu organisieren, da unter ihnen auch eine gewisse Konkurrenz herrsche.

Auch sei Rassismus ein Hindernis bei der Organisation der SexarbeiterInnen. Ein Grossteil vor allem der transsexuellen SexarbeiterInnen seien AusländerInnen, die sich wegen der Diskriminierung gezwungen sahen, ihre Herkunftsorte zu verlassen. Entsprechend schwierig sei es auch, eine Konstanz zu erhalten, denn für die meisten sei Guatemala nur eine Zwischenstation auf dem Weg in den vermeintlich toleranteren Norden.

Die Arbeit von OASIS besteht einerseits in der rechtlichen, aber auch in der medizinischen Beratung. Die Organisation hat ein eigenes Labor, wo HIV-Tests durchgeführt werden. Jorge López, ausgebildeter Informatiker, hat sich

zum Fachmann in Sachen HIV/AIDS sowie anderer sexuell übertragbaren Krankheiten entwickelt, übernimmt aber auch seelsorgerische Aufgaben, denn oft werden erkrankte Personen bis in den Tod gepflegt und begleitet. Er kümmert sich auch um die Mittelbeschaffung und stellt einen Rückgang der Gelder (auch der internationalen Zusammenarbeit) sogar für die medizinischen Projekte fest, seit die Organisation vermehrt auch politische Lobbyarbeit macht.

Seit ein paar Jahren organisiert OASIS jedes Jahr im Juni anlässlich des Christopher Street Day ein "Desfile de Diversidad Sexual", ähnlich den hiesigen Gay-Parades. Da unklar war, wie die Bevölkerung darauf reagieren würde, erbaten sie sich im ersten Jahr den Schutz anderer Menschenrechtsorganisationen. Dieser wurde ihnen zwar gewährt, doch spricht Jorge López davon, dass sie mit ihrem Thema schräg in der Menschenrechtslandschaft stünden - MenschenrechtsaktivistInnen seien auch bloss ein Abbild der restlichen Bevölkerung und nicht vor Sexismus und Homophobie gefeit. Überhaupt kritisiert er an der guatemaltekischen Menschenrechtsbewegung, dass sie sehr sektoriell sei und sich nur für die Belange ihrer jeweiligen Zielgruppe (Indígenas, Frauen, Kinder, Opfer des Krieges etc.) einsetze. Das sektorielle Denken der Menschenrechtsbewegung scheint auch hierzulande weit verbreitet zu sein, denn wie sonst ist es zu erklären, dass die Guatemala-Solidaritäts-Szene mit Ausnahme der organisierenden *Peace Brigades* praktisch vollständig durch Abwesenheit glänzte?

Verschiedentlich sind auch MitarbeiterInnen von OASIS bedroht oder gar ermordet worden. Am 17. Dezember 2005 wurden den beiden als Prostituierte arbeitenden OASIS-Mitglieder und Transvestiten Zulma Robles und Rahel Paulina Marrot laut Augenzeugen von Polizisten in den Kopf geschossen. Paulina wurde getötet, Zulma überlebte schwer verletzt. Da Zulma als einzige Zeugin des Angriffs bereit war, eine Aussage zu machen, war sie weiteren Angriffen seitens der Täter ausgesetzt mit dem Ziel, sie einzuschüchtern, was jedoch nicht gelang. Sowohl sie wie auch andere Mitglieder von OASIS werden regelmässig von *Peace Brigades International* begleitet, und nicht zuletzt dient auch die Europareise dazu, die Organisation, ihre Arbeit und ihre Mitglieder bekannt zu machen - und dadurch internationale Aufmerksamkeit zu wecken.

Die Verteidigung hält sich bedeckt

Guatemala, 03. Nov. Das Verteidigungsministerium hat in diesem Jahr 4,3 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 590'000) als Belohnung an mutmassliche InformantInnen gezahlt, ohne dass bislang bekannt ist, ob welcher Art von Informationen und hinsichtlich welcher Schwerverbrechen diese grosszügigen Ausgaben gerechtfertigt sind. Kurz bevor im kommenden Monat bis zum 30. November wohl der Staatshaushalt 2009 diskutiert wird, kommen bei AnalystInnen und PolitikerInnen einmal mehr Zweifel auf, die die eingeschränkte Transparenz in Bezug auf den Verwendungszweck öffentlicher Gelder in Frage stellen, die im Verteidigungsministerium unter dem Titel Sicherheit und Ermittlung laufen. Nicht zuletzt, weil das Innenministerium, die offiziell einzige Institution mit dem Mandat, sich um die öffentliche Sicherheit zu kümmern und diejenigen zu fassen, die Justizflüchtig sind. Und just dieses Ressort hat die diesbezüglich zweckgebundenen Haushaltsposten um die Hälfte auf rund 755'000 Quetzales gekürzt und selbst davon bislang keinen Centavo ausgegeben. Dagegen hat das Verteidigungsministerium - ohne vorhandene Kriminalermittlungsabteilung seine Belohnungsgeldkasse von 1,2 auf 5,4 Mio. aufgestockt

Die Abgeordnete Nineth Montenegro von der Partei *Encuentro por Guatemala*, die traditionell ihr Argusauge auf die Haushaltsverwaltung speziell, aber nicht nur im Ressort der Streitkräfte gerichtet hält, berichtet, dass ihre Partei bereits im ersten Trimester eine gewisse Unausgewogenheit in der Zuweisung und Ausführung des Etatposten Belohnung sowohl im Innen- als auch im Verteidigungsministerium beobachtet hatten und deswegen die jeweiligen Minister zur direkten Anfrage zitierten. Der damalige Innenminister, Vinicio Gómez, konnte nichts dazu sagen, Marco Tulio García als Verteidigungsminister gab Zahlungen an Informanten in Fällen wegen Drogen und organisiertem Verbrechen an. Doch während dieses Jahres ist weder ein gesuchter Drogendealer noch ein relevantes Mitglied des organisierten Verbrechens gefasst worden, ausser dem ehemaligen Abgeordneten Manuel Castillo Medrano aus Jutiapa.

Für Montenegro ist die Belohnungszahlung im Sicherheitsbereich eine rein zivile Verantwortlichkeit, entsprechend lautete auch der Originaltitel des Postens im Haushaltsplan "Prämien für Zivile Sicherheit". Doch in diesem Jahr ist der Name umformuliert worden in "Prämien für die Staatssicherheit" -

Montenegros Reim darauf ist die Einbindung der Armee in diese Aufgabe.

Die Haushaltserläuterung für den öffentlichen Sektor führt unter dem entsprechenden Posten 198 zum einen eben die Zahlung gegen Information auf, die für die Verhaftung von eines Verbrechens verdächtigen oder beschuldigten Personen dienlich sind. Daneben sind jedoch auch Ausgaben für Informationen von Privatpersonen an die staatlichen Geheimdienste als Nachweisoption aufgelistet, die an keinen festgelegten Zweck gebunden sind. Und auf diesen Zusatz beruft sich das Militär zur Rechtfertigung der Prämienzahlung. Und gleichzeitig ist an genaue Informationen nicht heranzukommen, also ungewiss, ob die Erklärung stimmt, da das Verteidigungsministerium sich jeglicher Offenlegung seiner Ausgaben verweigert.

Marco Antonio Barahona, Analyst der *Vereinigung für Forschung und Sozialstudien* (ASIES) belässt seine Schlussfolgerung diplomatisch, wenn er sagt, dass diese Ausgaben Verdacht weckten, denn sie liessen die Vermutung aufkommen, dahinter würde eine willkürliche Handhabung der Ressourcen stecken. Montenegro kritisiert vielmehr die Definitionsformulierung: "Solche Haushaltsposten sind die, die meistens zur Verdeckung von Korruption genutzt wird." Auch wenn sich die Armee hinter dem Argument verschanze, es handle sich um Informationen der Staatssicherheit und sei somit geheim, müsse der Rechnungshof die Sache überprüfen, so die Abgeordnete.

Aktuell stehen 30'000 Haftbefehle zur Ausführung durch die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) aus, in 15 Fällen bietet die Regierung Belohnungszahlungen für Informationen - derweil jedoch heuer noch keine Verhaftung vonstatten ging, die eine Geldprämie Wert gewesen sei.

Indes stehen die entsprechenden Telefone bei der PNC nicht still, doch Rendel Larios, stellvertretender Direktor, gibt an, die meisten Informationen seien falsch. Ausserdem würden Prämien nur in den Fällen gezahlt, in denen sie vorher angekündigt worden waren. Diese bewegen sich zwischen 50'000 und 250'000 Quetzales für Informationen über drei ausgebrochene Häftlinge des Gefängnisses Infiernito, zu neuen Personen, die in Verbindung gebracht werden mit der Veruntreuung von Gelder in den Banken *Bancafé* und *Banco de Comercio* Ende 2006, sowie über zwei Angeklagte wegen Drogenhandels, einer gesuchten Person wegen Mordes und über drei, die in Fällen der Wegnahme von Minderjährigen beschuldigt werden.

Doch das Verteidigungsministerium beruft sich nicht nur in finanziellen Fragen auf das Argument des Staatsgeheimnisses, dem seine Dokumente unterliegen sollen. Seit mehr als acht Monaten verweigert es die von Präsident Álvaro Colom zu Beginn seiner Regierung angekündigte Offenlegung der Militärarchive (siehe ¡Fijáte! 415) Nach zuvor vager Argumentation zieht jetzt Minister García die Verfassung, speziell deren Artikel 30 zur Begründung heran: Dieser besagt, dass alle Akten der öffentlichen Verwaltung öffentlich zugänglich sind - was durch das kürzlich verabschiedete Gesetz über den Zugang zu Information unterstützt wird - und die interessierten Personen haben das Recht, Kopien der Dokumente zu erhalten, ausser, wenn es sich um militärische Angelegenheiten oder diplomatische Vorgänge der nationalen Sicherheit handelt. Und solange nicht rechtlich geklärt sei, was unter einem Geheimnis der nationalen Sicherheit zu verstehen ist, könne er die Archive nicht herausgeben, so García.

Iduvina Hernández, Leiterin der Organisation Sicherheit in Demokratie, zog unterdessen noch ein anderes Druckmittel aus der Tasche: Colom - in Funktion als Präsident gleichzeitig Oberster Befehlshaber über die Streitkräfte - habe im Februar den Befehl zur Herausgabe gegeben, somit müsste García wegen Befehlsverweigerung abgesetzt werden. Ausserdem habe das Verfassungsgericht schon 2004 längst einmal entschieden, dass die Unterlagen und Zeitdokumente aus dem internen bewaffneten Konflikt nicht dem Staatsgeheimnis unterlägen, das Archiv müsste also zur Sichtung und Analyse freigegeben werden. Derweil durchlaufen bereits 60 speziell angestellte MitarbeiterInnen des Friedenssekretariats (SEPAZ), das für die Untersuchung und Sicherstellung zuständig sein wird, eine Spezialausbildung in Archivierungstechniken und warten auf das Material.

Das *Menschenrechtsprokurat* (PDH) hat dieser Tage im Zuge einer von der *Myrna-Mack-Stiftung* vor der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIIDH) vorgetragenen Klage im Namen von 28 Familien von Opfern des Konflikts Dokumente aus dem "Militär-tagebuch" der CIIDH übergeben, die aus dem Archiv der Nationalpolizei stammen, das von der PDH derzeit konserviert wird. Für 16 der 28 Fälle kann das PDH-Material wohl als Beweismittel dienlich sein. Insgesamt enthält das Tagebuch Details über das Schicksal von 183 Personen.

Lateinamerika gegen den Kapitalismus und für die Jugend?

San Salvador, 31. Okt. Grosse Erwartungen waren an den *XVIII Iberoamerikanischen Gipfel* Ende Oktober in El Salvador gestellt worden. Dies war zum einen bedingt durch die ideologische Breite und Zusammensetzung der erwarteten 23 Staatsoberhäupter, darunter die Präsidenten bzw. Premierminister von Spanien, Portugal und Andorra sowie die Vizepräsidenten von Kuba, Carlos Lage, jedoch in Abwesenheit vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Dieser hatte seine Teilnahme kurz vor Beginn suspendiert mit der Begründung, seine Sicherheit können nicht gewährleistet werden, er habe Informationen über eine Gruppe venezolanischer Terroristen, die mit Rückendeckung von zentralamerikanischen Regierungen und der CIA einen Anschlag auf ihn vorbereiteten. El Salvador stellte Chávez Absage in Frage: Sicherheitsminister René Figueroa erklärt, dass diese durch die "interne Krise" in Venezuela bedingt sei und Chávez einen "Nebelschleier" bräuchte, um seine eventuelle Niederlage vor der Opposition zu verstecken.

Nichtsdestotrotz einigten sich die Teilnehmenden auf dem Gipfel angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise auf ganz neue Töne: Oftmals selbst für die Krise verantwortlich gemacht, weil sie nicht die auferlegte Finanzorthodoxie befolgen würden, inszenierten die Staatsoberhäupter sich einmal mehr und kündigten an, den Neoliberalismus zu Grabe zu tragen. Stattdessen wollten sie ihre Beteiligung an dem Entwurf einer neuen Wirtschaftsarchitektur und ihrer Institutionen fordern. Von Lateinamerika aus müsse ein klares Signal ausgehen zur Umstrukturierung und Reformie-

rung von Weltbank und *Internationalem Währungsfond*.

Und sie versuchten nacheinander, sich gegenseitig zu übertrumpfen in ihrer Kapitalismuskritik: Ecuadors Präsident Rafael Correa forderte, die Institutionen, die nichts taugten, in den Müllhaufen zu entsorgen, stattdessen sollten sowohl eine regional einheitliche Bank als auch eine ebensolche Währung eingeführt werden, um keine "Herrschaftstribute" mehr in Dollar zu zahlen. Der gewöhnlich US-devote Präsident Mexikos Felipe Calderón wies den "Handelsprotektionismus" zurück und Evo Morales, Präsident Boliviens, appellierte daran den Kapitalismus nicht auf Kosten der Armen retten zu wollen. Schliesslich zog der brasilianische Präsident Lula da Silva die industrialisierten Länder zur Verantwortung für die Krise und wies darauf hin, dass die armen Länder Opfer seien und nicht schuldig.

Trotz vorheriger Befürchtung, die Wirtschaftskrise könne alle Aufmerksamkeit des Gipfels auf sich ziehen, und ganz vom eigentlich gestellten Thema "Jugend und Entwicklung" ablenken, wurde dafür doch ausreichend Zeit eingeräumt mit dem Ergebnis, dass die Staatschefs und -chefinnen die *Verpflichtungserklärung von San Salvador für die Jugend und Entwicklung* billigen unterzeichneten. Somit haben sie für ihre Staaten nun die Verbindlichkeit übernommen, eine "zentrale Rolle in der Festlegung von Politiken zu spielen, die darauf abzielen, die Lebensqualität der jungen Leute zu verbessern und Gesellschaften zu schaffen, die integrierender, gerechter und solidarischer sind."

Unterdessen erreichte den guatemalteken Präsidenten Colom eine

Mitteilung von verschiedenen Organisationen in Guatemala mit der Aufforderung, diese Deklaration nicht zu unterzeichnen, da sie unklar formuliert sei und für staatliche Eingriffe in gesellschaftlich brisante Themen missbraucht werden könnte wie Abtreibung oder hinsichtlich einer schärferen Kontrolle über Jugendliche mit Problemen in ihren Familien oder in den Schulen. Indes umfasst die unterzeichnete Deklaration 41 Punkte zu den Themen Bildung, Gesundheit, Gerechtigkeit, Zugang zu Arbeit, Kultur und Sport ohne, dass Details bekannt gegeben wurden.

In einer Parallelveranstaltung er suchten Jugendliche aus ganz Lateinamerika die Regierungen um einen Notfallplan, um zu verhindern, dass sie, die Jugendlichen "fortwährend Opfer der aktuellen Wirtschaftskrise und der Rezession werden, die die unterentwickelten Länder treffen wird", so das Organisationskomitee des *Jugendfestivals 2008*. Mit der Unterstützung anderer sensibler Generationen, progressiver Regierungen und der Mehrheit der Armen von Lateinamerika, Spanien und Portugal "werden wir Vereinbarungen entwickeln, damit die Jugendlichen zu Rechtssubjekten werden", mit "friedlichen Aktionen, institutionellen Absprachen und Aufrufen, um einen Konsens innerhalb der jugendlichen Bevölkerung zu erreichen." Dabei solle der Plan Finanzzetats beinhalten, die Arbeitsplätze schaffen für UniversitätsabgängerInnen, ausreichend Mittel für Schulen und öffentliche Hochschulen stellen, und die Verbreitung von Kultur und Kunst, der Aufklärung in sexueller und reproduktiver Gesundheit sowie einer Kultur für den Frieden garantieren."

Finanz- und Streitobjekt *Kohäsionsrat*

Guatemala, 31. Okt. Während Präsident Álvaro Colom auf der internationalen Bühne des *XVIII Iberoamerikanischen Gipfels* in El Salvador dazu aufruft, Lateinamerika solle sich von dem neoliberalen Modell der Investitionen lösen und stattdessen "unser eigenes Modell entwerfen", das aber auf jeden Fall sozialen Zusammenhalt und Solidarität enthalten müsse, - "Lasst uns die Solidarität und die soziale Kohäsion zum weltweiten Trend machen, und die Welt wird besser sein!" (siehe auch separater Artikel) - reisst die Kritik im eigenen Lande am famosen *Rat für sozialen Zusammenhalt* nicht ab. Sandra Torres, Coloms Gattin und Leiterin des Rates, reagiert

darauf eher ungehalten: "Die Leute auf dem Land inspirieren uns jeden Tag zu kämpfen, und deswegen sind uns die zwei, drei Personen egal, die uns kritisieren und sich an Blusen und Hemden zerren, um auch bloss in der Presse zu erscheinen. Statt kaputt zu machen, sollten sie lieber etwas aufbauen, denn was Guatemala braucht ist Solidarität."

Dieser Hieb ist in erster Linie gegen Nineth Montenegro von der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) gerichtet, die jedoch von Roxana Baldetti, Fraktionschefin der *Patriotischen Partei* (PP) und dem Abgeordneten Manfredo Marroquín von der zivilgesellschaftlichen Monitoring-Initiative *Acción Ci-*

udadana sekundiert wird in ihren Zweifeln ob der Verwaltung der Gelder, die den verschiedenen Programmen der *Sozialen Kohäsion* überwiesen wurden. Denn diese verfügen über keine Buchhaltungsstruktur, die eine Finanzkontrolle möglich machen würde. "Der *Kohäsionsrat* hat sich in ein Super-Ministerium gewandelt, denn ihm sind inzwischen Fonds und Funktionen von anderen öffentlichen Institutionen übertragen worden, ohne dass herauszufinden ist, wie die Gelder ausgegeben werden, von wem was gekauft wird oder wer überhaupt begünstigt wird", bemängelt Montene-

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

gro. Sie erinnert daran, dass der Rat geschaffen wurde, um die Politikansätze in Sachen sozialer Investitionen zu beraten und zu koordinieren. Aber inzwischen habe er sich an die Aufgabe gemacht, die Ressourcen zu manipulieren, die den Hauptministerien zugewiesen wurden. Gemäss Montenegro seien beispielsweise 90 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 12 Mio.) beim Posten der Friedensstipendien vom Bildungsministerium und 50 Mio. (ca. US-\$ 6,7 Mio.) im Gesundheitsministerium zugunsten des *Kohäsionsrates* gekürzt worden. Zudem versuche die Regierung die Ressourcen des *Sozialen Investitionsfonds* (FIS) zu kanalisieren, um sie zunächst auf das Konto des *Präsidentialen Koordinationssekretariats der Exekutive* zu überweisen und von dort aus auf das des *Kohäsionsrates*.

Das einzige Programm, bei dem es zu gelingen scheint die Buchhaltung mittels des staatlichen Rechnungssystems zu überprüfen, ist das "Meine Familie kommt voran", das über das *Koordinationssekretariat* läuft. Dieses Programm soll bis Ende des Jahres neben den aktuell 44 Munizipien in 40 weiteren Verwaltungsbezirken durchgeführt werden und besteht in der monatlichen Zahlung von 300 Quetzales an Familien, die im Gegenzug ihre Kinder zur Schule und zur regelmässigen Gesundheitsvorsorge zu schicken haben.

"Aber es ist nichts über Qualitäts-

kontrollen des Programmes und auch nichts bekannt über die Auswahlkriterien für die Begünstigung", so Montenegros Beobachtung. Das Programm verfügt über einen Etat von 131,5 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 17,8) für die Überweisung an bedürftige Haushalte. Bislang sind davon aber erst 39 Mio. ausgezahlt worden, was Montenegro zu der Frage verleitet, wozu für das nächste Jahr noch einmal 1 Mrd. Quetzales gefordert wurden.

Angesichts der Schwierigkeit der Fiskalisierung des Kohäsionsrates beantragte der Generalrechnungsprüfer Carlos Mencos jetzt beim Finanzministerium die Kodifizierung der einzelnen Kohäsionsprojekte. "Zum Beispiel bei den "Offenen Schulen" wird ein Teil vom Bildungsministerium finanziert, ein anderer vom *Friedensfonds* (FONAPAZ), ein dritter vom *Präsidentialen Koordinationssekretariat*, ohne dass die Geldflüsse auseinandergelassen werden können", stellt Mencos fest.

Inzwischen haben die vermeintlich sozialdemokratischen Regierungsbemühungen auch in der Zivilgesellschaft zu Meinungsverschiedenheiten geführt. So bezahlte der Gewerkschaftsbund UASP eine Anzeige, um zu bestätigen, dass die sozialen Programme der Regierung geholfen hätten, dem wirtschaftlichen Debakel die Stirn zu bieten. Diese Behauptung wurde jedoch klar zurückgewiesen von der *Guatemalteken Bewegung der EinwohnerInnen* (MGP), repräsentierende Organisation der Elendsviertel.

Während die UASP die Regierung dazu auffordert, mit der Vergabe von Wohnraum, dem solidarischen Beutel, Werkzeug, Dünger und den Finanzspritzen sowie der Durchführung von Gesundheitschecks in den Gemeinden, die in Armut leben, fortzufahren, wertete die MGP diese Stellungnahme als "inkohärent". "Wie oft hat die UASP der Regierung vorgeworfen, dass sie ihnen bei nichts helfe und jetzt soll sie mit den Wohnungshilfen und anderen Sachen weitermachen", stellt Roly Escobar vom Vorstand der MGP in Frage. Escobar macht darauf aufmerksam, dass der *Guatemalteken Wohnungsfond* (FOGUA-VI) noch keines der angekündigten Wohnprojekte angefangen hätte. Ausserdem kritisierte er den solidarischen Beutel - die Vergabe von Nahrungsmitteln - da er nicht im ganzen Land verteilt würde und zudem nur an jene, die sich an der Wahlkampagne beteiligt hätten. Und auch der Dünger sei nicht gratis zu haben.

Derweil Vizepräsident Rafael Espada einmal mehr den generalisierenden Mundtot-Vorwurf erhebt, der Argwohn gegenüber der *Sozialen Kohäsion* würde dem Interesse entspringen, die Regierung destabilisieren zu wollen, verkündet Colom in El Salvador, dass Guatemala jetzt das erste Mal eine Regierung habe, die an das Soziale denke. Man habe das Programm der Sozialen Kohäsion von Chile übernommen und jetzt sei es das erfolgreichste in Guatemala - meint Álvaro Colom.

Nineth bleibt allein zurück

Guatemala, 26. Okt. Am 17. Oktober kündigte der Abgeordnete Anibal García seine Mitgliedschaft in der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG), deren stellvertretender Generalsekretär und Fraktionschef er war. "Ich wollte, dass das *Encuentro* ein politischer Raum sei, der die Beteiligung einer neuen politischen Klasse widerspiegelt. Ich habe den Eindruck, dass dieser Vorsatz nicht erfüllt worden ist", erklärte García auf einer Pressekonferenz.

Er sei der Meinung, das EG laufe Gefahr sich aufgrund seiner ideologischen Schwäche in eine Gruppierung der Anhäufung zu verwandeln. Dabei sei er hinsichtlich struktureller und programmatischer Angelegenheiten sowie über die zukünftigen Allianzen anderer Meinung als die Partei. "Mein grosser Traum ist es, in einer seriösen Partei zu sein, die sich ideologisch klar definiert, denn ich glaube, so müssen die politischen Parteien sein, seien sie links oder rechts, aber nicht solche SchnöselpolitikerIn-

nen", kommentierte der jetzt unabhängige Abgeordnete. Generalsekretärin Nineth Montenegro wurde von Garcías Austritt überrascht, sie respektiere jedoch dessen Entscheidung und erklärte, ihre Ideologie sei die Sozialdemokratie, aber ihr Bestreben sei es, im EG Raum zu schaffen für verschiedene Tendenzen.

Nachdem der vierte Abgeordnete im EG-Bunde bereits vor wenigen Monaten unabhängig erklärt hatte, blieben für das *Encuentro* nun zwei Abgeordnete im Kongress, bis Otilia Lux de Cotí nur vier Tage nach García ihren Austritt und zeitweilige Unabhängigkeit vom *Encuentro* deklarierte. Sie hat vor, gemeinsam mit der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú die inzwischen vom *Obersten Wahlgericht* (TSE) als Komitee registrierte Politische Bewegung Winaq aufzubauen, die bei den letzten Wahlen in Allianz mit dem *Encuentro* Menchú als Präsidentschaftskandidatin postuliert hatte.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treec

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- •

Auslands-Abo: 60.- •

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Alfonso Bauer Paíz lehnt Orden ab

Guatemala, 28. Okt. Alfonso Bauer Paíz lehnte dieser Tage die Auszeichnung mit dem *Orden des Quetzals* ab, die höchste Ehrerweisung der Regierung, die diese ihm als herausragende Persönlichkeit der Revolution vom 20. Oktober 1944 erbringen wollte. Der Anwalt, Regierungsmitglied unter Juan José Arévalo und Jacobo Árbenz, linker Aktivist und aktuell Sekretär für Politische Angelegenheiten der *Bewegung Nationale Volksfront* begründete seine Zurückweisung damit, dass diese Ehrung eine Verleugnung dafür darstelle, was die Bewegung des 20. Oktobers gewesen sei. "Ich kann keine Auszeichnung von einer Regierung entgegennehmen, die vollkommen im Dienste des Imperialismus steht", so Bauer Paíz. Nachdrücklich betonte er, dass er sie durchaus akzeptiert hätte, würde sich die Regierung wie eine tatsächliche Sozialdemokratie verhalten.

In einem eigenen Artikel in der Tageszeitung *La Hora* führte Bauer Paíz seine Argumentation noch aus und bedauert die Umstände für seine Ablehnung, die auf seine Prinzipien politischer Konsequenzen beruht: "Diese Erläuterungen fallen mir schwer, denn ich war

vielleicht der erste Guatemalteke, der an den Ingenieur Colom als Präsidentschaftskandidaten dachte. 1999 war ich Berater der *Nationalen Konsultationsversammlung der Entwurzelten Bevölkerung* (ANCP) und es standen die nächsten Wahlen an. Ich war Parteimitglied der *Allianz Neue Nation* (ANN), die mit der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) verbündet war und mit der Partei DIA, als die URNG den Ex-Präsidenten des UnternehmerInnenverbandes CACIF, Jorge Briz, als Präsidentschaftskandidaten vorschlug. Ich war damit nicht einverstanden, denn wenn die URNG 36 Jahre lang mit der Waffe in der Hand gekämpft hatte, um ein sozialistisches Regime einzuführen, stand es dazu im Widerspruch, dass der erste Regierungschef Mitglied der verschlossenen und absorbierenden Spitze der nationalen Oligarchie war. Mir wurde gesagt, dass der Grund für dessen Nominierung darin bestand, dass die URNG von verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren als terroristische Organisation betrachtet würde, was nicht stimmte, aber man wollte das öffentliche Vertrauen verbreiten, selbst auf solchen dominanten Ebenen wie des CACIF und

schlug deswegen den Herrn Briz, einen Arbeitgeber, vor.

Ich liess die URNG gleich wissen, dass ich ihnen einen Arbeitgeber nennen könnte, der nicht Teil der Oligarchie war: Álvaro Colom, den ich als Direktor des *Nationalen Friedensfonds* (FONAPAZ) in Mexiko kennengelernt hatte, als ich die *Permanenten Kommissionen der Guatemaltekischen Flüchtlinge in Mexiko* (CCPP) beriet. Er war engagiert, seriös und hielt stets sein Wort. Mit seinem Vater Antonio und Onkel Manuel, beide mit Nachnamen Colom Argueta, hatte Álvaro demokratische und revolutionäre Wurzeln. (...)

Und jetzt in den ersten Monaten seiner Amtszeit als Präsident ist er vor allem bestrebt gewesen, im Einklang mit der nationalen Oligarchie zu agieren anstatt mit nationaler Dringlichkeit die tiefgreifenden Probleme des Landes anzupacken. Allein angesichts des 64. Jahrestags der Revolution von 1944 erinnerte er sich an den demokratischen Volksprozess und schmückte den Kulturpalast mit riesigen Plakaten von den Ex-Präsidenten Arévalo und Arbenz, doch viel wichtiger wäre es, wenn er ihrem Beispiel folgen würde. (...)"

US-Militärtraining für Kaibile

Guatemala, 25. Okt. Die bislang öffentlich noch nicht bekannte "Antiterrorgruppe" der Spezialkräfte der guatemaltekischen Armee, die als "Kaibiles" bekannt sind, wird künftig einem Trainingsprogramm unterzogen, das vom US-amerikanischen Militär durchgeführt wurde. Diesen Monat traten die entsprechenden Vereinbarungen über die Spezialausbildung im "Kampf gegen den Terrorismus" zwischen den Regierungen der USA und Guatemala in Kraft, mit einer Programmlaufzeit bis 2013. Die Erneuerung des Memorandums ist Teil des zwischenzeitlich aufgehobenen US-amerikanischen Militärhilfeabkommens, das 1955 unterzeichnet worden war; die periodische Aktualisierung gilt der jeweiligen konjunkturellen Anpassung des Vorhabens, erklärt Armeesprecher Jorge Ortega.

Obwohl das Programm offiziell schon läuft, hat das Verteidigungsministerium keine Informationen darüber, wann das Training tatsächlich anfängt, das hänge von der Logistik und des Personals ab, die von der US-amerikanischen Regierung gestellt würden. Laut

Vereinbarung übernehmen die USA die Kosten für die Reparationen, Verbesserungen und Renovierungen von den Unterkünften, Schulungsräumen, Küche und den Schiessstand und -übungsplätzen in der Kaibil- Ausbildungsstätte in Poptún, Petén.

Inhaltlich umfasse der Ausbildungsplan, so Sprecher Ortega, Geheimdienstaktivitäten und die Herangehensweisen, um strategische Orte zurückzugewinnen und unter Kontrolle zu bringen, die von Terroristen eingenommen wurden, oder aber an denen ein Sprengstoffangriff droht.

Die Elitetruppe des guatemaltekischen Militärs ist nicht nur ausgebildet für Operationen unter extremsten Bedingungen, sondern vor allem als skrupellose Vollstrecker bekannt. Nicht nur oder erst im September 2005 wurden vier Kaibiles festgenommen, die anstatt fürs Militär inzwischen für vornehmlich mexikanische Drogenbanden tätig waren. Es sind auch vor allem Kaibile, die auf die brenzligen Friedensmissionen der Vereinten Nationen nach Haiti und in die Demokratische Republik Kongo entsen-

det werden. 80 von den 105 derzeit im Kongo stationierten guatemaltekischen Blauhelmsoldaten sind in diesen Tagen in die von Rebellen bedrohten und von den kongolesischen Streitkräften geplünderten Stadt Goma versetzt worden.

Unklar sind immer noch die Umstände, unter denen im letzten Jahr acht guatemaltekische "Blauhelm-Kaibile" im Kongo ums Leben gekommen sind, die den Vermutungen nach und gegen ihr eigentliches Mandat in einer Angriffssituation eingesetzt worden sein sollen.

Die inzwischen zu Fallschirmspringern und Scharfschützen ausgebildete Militäreinheit der Kaibile wurde 1974 während des internen bewaffneten Konflikts gegründet. Die ersten von ihnen erhielten ihr Training von militärischen Spezialkräften aus den USA, Kolumbien, Venezuela und Chile. Schliesslich wurde ihre Ausbildung an die guatemaltekischen Umstände angepasst.

Vor Kurzem ist die Militärbasis in Izabal wieder eröffnet worden, von der aus eine Kaibilbrigade nun Kampfoperationen gegen den Drogenhandel unternimmt.